

Berlin, 16. März 2009

Beschluss des Bundesvorstands



Netzwerke für die Zukunft

Die Entstehung Sozialer Netzwerke und weiterer Angebote im so genannten Web 2.0 waren ein enormer Schritt auf dem Weg, das Internet als Alltagsmedium für jeden Menschen zu etablieren. Sie eröffnen neue Möglichkeiten der Information, der Kommunikation und Partizipation im Netz und bieten damit einen großen Mehrwert. Diese Entwicklung ist überaus begrüßenswert und dennoch bedarf sie wie alle technologischen Neuerungen einer kritischen Begleitung.

So sind viele Geschäftsmodelle darauf abgestellt, möglichst viele Daten über möglichst viele Menschen zu sammeln und auszuwerten, die intensive Zusammenarbeit mit großen Medienkonzernen verstärkt diese Tendenz. Diese massive Datenverarbeitung widerspricht dem Grundprinzip „Meine Daten gehören mir“. Wir streiten für klare datenschutzrechtliche Regelungen. Eine lebenslange Abtretung von Rechten am eigenen Wort, Bild oder anderen Werken lehnen wir genauso entschieden ab wie einen Verkauf gesammelter Daten an Dritte. Wenn das gesamte Netzwerk an Dritte verkauft wird, müssen die NutzerInnen Widerspruch gegen die Übertragung ihrer Daten einlegen können, hierzu muss es eine echte Profillöschung geben. Soziale Netzwerke und ihre Angebote müssen auf der Grundlage des nationalen und europäischen Datenschutz- und Verbraucherrechts betrieben werden.

Besondere Verantwortung gilt beim Umgang der Mitglieder untereinander in diesen Netzwerken. Mobbing ist zur Unkultur gerade unter jüngeren NutzerInnen geworden. Wir streiten für Selbstbestimmung im Netz, daher ist es für den Umgang in diesen Netzwerken dringend notwendig, Medienkompetenz zu vermitteln. Hierbei kommt den öffentlichen Bildungsinstitutionen eine wesentliche Rolle zu. Der Umgang mit dem Medium Internet muss ebenso vermittelt werden wie die Kenntnis um dessen Chancen und Risiken. Diese Diskussion und Aufklärungsarbeit darf aber nicht bei jungen Menschen enden; auch viele Erwachsene benötigen Information, Beratung und Unterstützung. Die jeweiligen Betreiber dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen, sondern müssen offensiv mit Problemen umgehen und deren Bekämpfung vorantreiben.

Für uns Grüne ist klar: Wir kämpfen für bessere, transparente und demokratische Soziale Netzwerke. Sowohl beim Datenschutz und Verbraucherschutz als auch bei der Aufgabe, jeden Menschen zu befähigen, sich selbstbestimmt und in Kenntnis der Chancen und Risiken im digitalen Raum zu bewegen. Die Politik des gehobenen Zeigefingers und unverhältnismäßigen Regulierung sowie der Bevormundung von Nutzerinnen und Nutzern des Internets muss ein Ende haben. Wir streiten für Selbstbestimmung im Netz. Deswegen sind wir in sozialen Netzwerken aktiv, zeigen Präsenz und kämpfen für eine Stärkung der Nutzerrechte. Wir beteiligen uns an der Aufklärungsarbeit, in dem wir z.B. selber mit der Seite www.datenschutz-ist-buurgerrecht.de Informationsarbeit leisten und praktische Hilfestellung geben.

Wir widersetzen uns fremdenfeindlichen und antisemitischen Gruppen in Sozialen Netzwerken. Wir haben uns entschieden, diese Auseinandersetzung in den Netzwerken zu führen, und nicht zu versuchen, von außen reinzureden. Dieses politische Verständnis ist die Grundüberzeugung für unsere eigene Arbeit im Internet und stellen daher die Punkte Transparenz, Selbstbestimmung über die eigenen Daten und Aufklärung über Chancen und Risiken des Internets klar nach vorne.

Unser Leitbild für einen verantwortungsvollen Umgang in Sozialen Netzwerken lässt sich am besten mit den Worten Transparenz, Vorsicht und Rücksicht beschreiben. Wir verstehen jeden, der sagt, dass ihm die Risiken zu hoch sind oder die Möglichkeiten dieser Netzwerke überfordern. Besonders die Möglichkeit das Profile durch Fremde übernommen oder von ihnen eingestellt werden und somit ein virtueller Identitätsdiebstahl stattfindet, bedarf klarer Regeln durch die Anbieter zum Umgang mit diesem Problem.

Wer sich in Sozialen Netzwerken bewegt, sollte immer darauf achten welche Daten er oder sie preisgibt, ob Urlaubsfotos, Partyfotos oder Trennungsschmerz in ein solches Netzwerk gehören. Er oder sie sollte weiterhin darauf achten, dass nicht jegliche privaten Information sichtbar gemacht wird, seien es Kontaktdaten, Informationen zur Arbeits- und Finanzsituation oder auch private, manchmal auch intime, Vorlieben. Rücksicht gilt vor allem gegenüber NutzerInnen die bewusst wenig von sich preisgeben wollen, Sie zum Beispiel wahllos auf Bildern zu markieren oder private Kommunikation öffentlich auszutragen ist der falsche Ansatz. Generell gilt wie auch im realen Leben, nicht Jedem und Allem bedingungslos direkt zu folgen, nicht jede Neuerung steigert die persönliche Zufriedenheit. Daher ist die Vermittlung von Medienkompetenz so wichtig, um selbst bestimmt im Netz aufzutreten.

Wir fordern daher:

- das Recht der Nutzer/innen auf eine echte Profillöschung
- das Recht der Nutzer/innen immer zu erfahren welche Daten über einen gespeichert sind
- den Ausbau und stärkere Förderung von Angeboten zur Stärkung der Medienkompetenz
- die Einrichtung von Clearingstellen gegen Mobbing und Identitätsdiebstahl durch die Betreiber sozialer Netzwerke
- keine pauschale unbefristete Abtretung von Rechten in sozialen Netzwerken an die Betreiber
- klare Haftungsregeln der Betreiber gegenüber den NutzerInnen bei Missbrauch von gespeicherten Daten

Beschluss: Einstimmig